

Text Verkleinern Drucken Schliessen

# Kreistag plädiert für Stalag-Ausbau

**Antrag:** Die Anlage in Stukenbrock-Senne soll nationale Gedenkstätte mit europäischer Bedeutung werden. Der Landrat wird aufgefordert, das Papier an den neuen Landtagspräsidenten André Kuper zu übergeben

Von Herbert Gontek

■ **Kreis Gütersloh.** Überraschung in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses: Ohne Tagesordnungspunkt und weitere Aussprache forderten die Fraktionen von CDU, SPD, Grüne und FWG/UWG die Sicherung und den Ausbau der Gedenkstätte „Stalag 326 (VI K) Senne“ in Stukenbrock-Senne.

Der Appell richtet sich an den Landtag und die neue Landesregierung. Landrat Sven-Georg Adenauer soll Landtagspräsident André Kuper das Papier übergeben. Wegen seiner Einzigartigkeit sieht nicht nur die lokale Politik in der Gedenkstätte einen Ort mit

europäischer Bedeutung.

Die Abkürzung „Stalag“ steht für „Stammlager“. Hier waren sowjetische Kriegsgefangene untergebracht. Liane Fülling, Vorsitzende der SPD-Fraktion, trug den Inhalt der gemeinsamen Forderung vor. Darin heißt es unter anderem: „Die Fraktionen von CDU, SPD, UWG/FWG und Bündnis90/Grüne im Kreistag Gütersloh appellieren an den Landtag und die Landesregierung, die Gedenkstätte in ihrer Existenz zu sichern und die weitere Entwicklung zu einer nationalen Gedenkstätte aktiv zu unterstützen. Der Landrat wird aufgefordert, den Kreis Gütersloh in diesem Entwicklungsprozess aktiv zu vertre-

ten.“ Der Landtag hatte am 1. Dezember 2016 einen umfassenden Antrag „Erinnerungskultur würdigen“ verabschiedet. Hierin wird auch die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Stalag 326“ herausgestellt.

In einer Erklärung dazu heißt es in der Vorlage des Landtages: „Mit dem Stalag 326, einem der größten Kriegsgefangenenlager des ehemaligen Deutschen Reiches, besteht die Möglichkeit, das Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem bisherigen Erinnerungsschatten herauszuholen.“

Fülling führte weiter aus, dass die Überreste des Lagers und der sowjetische Ehren-

friedhof einen einzigartigen Gedenkort bilden und zu einer nationalen Gedenkstätte mit europäischer Bedeutung ausgebaut werden könnte. Im Sinne der Nutzungskontinuität des Geländes müsse dabei auch auf die Inanspruchnahme als Internierungslager und als Flüchtlingslager (Sozialwerk) nach dem Krieg eingegangen werden. Zwischen 1948 und 1971 seien hier 78.000 der 98.000 kinderlosen Flüchtlingskinder angekommen und betreut worden.

Abschließend stellte die Vortragende fest, dass das Denkmal heute hauptsächlich ehrenamtlich betreut wird und die Situation durch Unsicherheit bezüglich der weiteren

Entwicklung gekennzeichnet ist. Liane Fülling abschließend: „Die Fraktionen erkennen die geleistete wertvolle Arbeit ausdrücklich an und wollen mit diesem Appell dazu beitragen, dass sie langfristig gesichert und weiterentwickelt wird.“

Die im vergangenen Herbst zwischen Ministerien, Stiftungen, Organisationen sowie heimischer Abgeordneter und ehrenamtlich Interessierten verabredeten Perspektiven dürfen nicht verloren gehen. Landtag und Landesregierung werden gebeten, „hier die weitere Koordinierung zu übernehmen und die Projektentwicklung zu unterstützen und zu steuern“.

© 2017 Neue Westfälische  
07 - Gütersloh, Dienstag 27. Juni 2017

Artikel speichern mit rechter Maustaste -> Bild/Grafik speichern unter...